

Von der Schwerindustrie gekauft

Wieviel Millionen erhielt Hitler von Otto Wolf?

Der Führerkauf bei den Nazis nimmt nach dem am Sonnabend gemeldeten Teilweisen Interimsergebnis der Untersuchungen am Reichsgericht, Heber, Kollenberg usw. hat nun einer der wichtigsten Agenten der NSDAP, der Reichsleiter Dr. von Eber, einen Brief an Hitler gerichtet.

Darin erklärte er u. a., er habe jetzt:

„Die unrichtigen Beweise dafür erhalten, daß die Partei mit sehr hohen Geldsummen von dem sozialdemokratischen Otto Wolf finanziert werde.“

Ebers fordert eine Untersuchung darüber und verlangt Auskunft über die Höhe der Summe, die von Wolf und anderen Interessierten in die Kasse der NSDAP geflossen sind.

Unabhängig von dem Führerkauf, der sich in der Hauptsache um die besten Methoden des Massenbetrugs dreht, entwickelt sich unter den proletarischen Mitgliedern der NSDAP eine starke Rebellion, und der Stabschef Röhm richtet deshalb eine „Kampfbewegung“ an die NSDAP, aus der deutlich die Angst vor der Revolution spricht. In dieser Kampfbewegung versucht man, die einzigen Schritte durchzuführen, die man an die NSDAP anknüpfen kann, um sie weiter zu bewegen zu sehen und Hitler zu gefährden.

Hitler hat eine Verfügung erlassen, durch welche er bekannt gibt, daß er an Stelle Ebers noch ein Mitglied der Reichsorganisationsleitung selbst übernimmt und zu jenem „Stabschef“ den NSDAP Führer Eber ernannt.

Am Sonnabend und Freitag führte Hitler in Breslau und Leipzig Kundgebungen zur Sicherung seiner Position durch. In Breslau wurde eine ganze Anzahl SA- und SS-Führer ihrer Ämter entbunden. Es befehlt die Wehrmacht, den schließlichen Gruppenführer Heines abzulassen. In Leipzig erklärte Hitler, Strafer und Heber sollten bestraft werden müssen, weil die Parteidisziplin es erfordert habe, da sie den Anordnungen der Parteileitung keine Folge mehr leisteten. Es sei vorausgesetzt, daß zwar ein Teil der Angehörigen der NSDAP die Partei verlassen werde, aber dies seien nur Mitleidige.

Terroraktionen zur Ablenkung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. Dezember.

Am gestrigen Sonntag hatten die NSDAP, um von dem Reich innerhalb der NSDAP abzuweichen, systematische Terroraktionen organisiert. Nicht weniger als 5 schwere Überfälle wurden von SA-Banden durchgeführt. In Steglitz wurden 3 Reichsbannerleute überfallen und ein Arbeiter totgeschossen. Die Polizei konnte bei den SA-Leuten eine Anzahl geladene Pistolen und zwei Seitengewehre beschlagnahmen. In Spandau, wo die SA-Banden ebenfalls einen Überfall durchführten, wurden drei Arbeiter vermurdet.

Die Erklärung der fünf in Gen

Berätkte Westorientierung der deutschen Bourgeoisie

Keinerlei konkrete Zusagen für Deutschland

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. Dezember

In Gen haben die Vertreter der fünf Westmächte, England, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der gesagt wird, daß in den Vorkriegszeiten die deutsche Wirtschaft sich nicht mehr entwickeln konnte, weil die deutschen Wirtschaftsbefugnisse in Ruhestellung waren. Mithin heißt es dann weiter:

„Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung von der Konferenz zu erörtern sein soll. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat die Konferenz keine Bereitschaft ausgesprochen, an der Konferenz wieder teilzunehmen.“

Die Erklärung enthält also keinerlei konkrete Zusagen für die deutsche Regierung, alles soll erst noch verhandelt werden. Dem unter anderem die deutsche Regierung erklärt hat, daß die Vorkriegsorientierung nicht mehr teilnehmen würde, wenn die deutsche Regierung wieder rüchsig gemacht worden und die NSDAP an die Regierung wieder Vertreter zur Verfügung stellen würden.

Wenn auch die deutsche Regierung keinerlei konkrete Zusagen erhalten hat, so zeigt der Beschluß immerhin die Zehnheit der westlichen Westorientierung und das Bestreben, im Einklang mit der französischen und englischen Regierung, bestimmte Fragen in Bezug auf die militärischen Rüstungen in die Zukunft aufzulösen.

Unterstützt die Streikenden!

Ein Aufruf der Hallischen Dreifacharbeiter

In der Versammlung des Gesamtverbandes, Schmeidler, Halle, wurde beschlossen, einen Aufruf an die Bevölkerung von Halle, die Mittelständler und Kleinrentner zu veröffentlichen, in welchem alle Kreise der tätigen Bevölkerung aufgefordert werden, den Streik der Hallischen Dreifacharbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln solidarisch zu unterstützen.

Die Kommunalwahl in Kelbra

ADD 436 (letzte Reichstagswahl) 150 4 Mandate (4 SPD 92 (letzte Reichstagswahl) 160 4 Mandate (4 SPD 286 (letzte Reichstagswahl) 101 2 Mandate (4 Bürgerliche Einheitsliste mit Einschluß der Nazis) 6 Mandate (5). Wahlbeteiligung 80 Prozent.

Das Wahlergebnis zeigt, daß es den Sozialdemokraten in Kelbra gelungen ist, die revolutionäre Front zu bilden und den sozialistischen Einfluß mit Hilfe dieses „Unterdes Sozialismus“ zu erhöhen. Es ist ein neues Beispiel für die SPD-Führung überall dort, wo die Politik der meisten kompromittiert ist und ihr Einfluß am stärksten ist. Ihre „linke“ Helfershelfer einigt als Damm gegen den Kommunismus. Auch Kelbra macht, eines der Kampfs gegen die linken Bräute, die gefährlichsten Demagogen der Arbeiterbewegung zu führen. Wir kommen auf den zurück.

Vom Krau geschleudert

Auf der Straße Gelpa wurde der Straßant M. der Plattform eines Schwefeltrucks arbeitete, von der Ausleger eines der Waffenträger geschleudert. Er wurde im Gehirnhinterhirn, einer Kopfverletzung sowie einer Verletzung der Schulter beim Knappschußtrankhaus zugeführt.

Gegen Hunger und Frost, her mit

Brot, Kartoffeln und Kohlen!

Wirksame Winterhilfsmaßnahmen von den Nazis sabotiert

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. Dezember.

Am Sonnabend nahm der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages zu den Anträgen auf Winterhilfe Stellung. In der Abstimmung wurden

die kommunalistischen Anträge mit den Stimmen der Nazis, der Sozialdemokraten und der Zentrumspartei, die gegen die kleinen bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten der SPD-Führer abgestimmt.

Angenommen wurde lediglich nur ein entsprechendes den Regierungswünschen abgeänderter sozialdemokratischer Gesetzentwurf, der in Form einer Entschädigung eingebracht wurde und nur allgemein die unentgeltliche Abgabe von Naturalien und Kleinbeträgen je nach den örtlichen Verhältnissen vorsieht, wozu die Mittel den Gemeinden und Gemeindevorstehern vom Reich zur Verfügung gestellt werden sollen. Einen konkreten Beschluß über die Höhe der Unterstützung enthält die Entschädigung nicht. Überdies soll heute erst der Haushaltsausschuss des Reichstages nach der finanziellen Seite hin überprüfen, was nach Ansicht der Regierung und der bürgerlichen Parteien überhaupt abgelehrt werden könne.

Die kommunistische Fraktion forderte eine einmalige Geldbeihilfe in Höhe von 50 Mark für je 15 Mark Zulage für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen einer hilfsbedürftigen Familie, ferner

laufende Bekleidung mit Brot, Kartoffeln und Kohlen. Die Sozialdemokraten versicherten von vornherein auf die Forderung nach einer Geldbeihilfe.

Der Antrag der Nationalsozialisten forderte nur allgemein die Gewährung von Winterhilfsmaßnahmen. Dabei hoben sich die Nazis ein System ausgesucht, das sich praktisch

gegen die Kleinbauern und Kleinrentnerbetrieblenden und als Entschädigung für die Abholer und Großrentner auswirken müßte,

falls es durchgeführt würde. Sie forderten nämlich, daß die Kleinbauern und Kleinrentnerbetrieblenden an Stelle z. B. ständiger Steuern Naturalien liefern sollen, die dann an die Bedürftigen abgegeben werden.

Mit Recht bezeichnete der Vertreter der kommunistischen Fraktion, Genosse Wabel, diesen nationalsozialistischen Antrag

als einen Versuch zur verkappten Steuereintreibung für die Schlichtungs-Regierung.

Zur Wehrlich auf dem beschlossenen Beschluß verpflichtet Regierung und Behörden zu gar nichts.

Aber auf den Straßen und den Stempelämtern wird der Kampf gegen Hunger und Frost immer lauter.

Auch die parlamentarischen Schiebungen der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Teilerregenden werden diesen Ruf nicht verdrängen.

Der mit Winterhilfe, her mit Kohlen, Kartoffeln und Brot für die Hungernden und Frierenden.

Die KPD organisiert den Kampf

Gestern tagte in Halle das Erweiterte Bezirkskomitee der KPD für den Bezirk Halle-Merzburg. Nach einem grundlegenden Bericht des Genossen Kühn beteiligten sich zahlreiche Kollegen aus den Großbetrieben und der verschiedenen Industriezweigen an der Aussprache. Besonders Gehör fanden die Beschwerden des Vertreters des Bezirkskomitees sowie des Genossen Paul Schür als Vertreter der Kommunistischen Partei.

Mit großem Beifall empfingen wurde eine Delegation der streikenden Hallischen Kraftfahrer, die die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes und der Solidarität der Arbeiter aller Parteien und Gewerkschaftsrichtungen betonte. Die Delegierten waren im Auftrage der Kollegen des Gesamtverbandes entsandt.

Ueber Einzelheiten der Tagung werden wir berichten.

Sozialdemokratische Arbeiter, entscheidet

Mit Wels für den imperialistischen Krieg mit der KPD für prol. Internationalismus

Glühendes Bekenntnis Wels' zum imperialistischen Krieg

Um des kapitalistischen „Vaterlandes“ willen die Partei gespalten!

Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts in Berlin fand letzte Woche ein Prozeß statt, der die schamvolle Rolle der sozialdemokratischen Führer als aktive Dienstboten der Brüning-Regierung und der imperialistischen Kriegsverbrecher entlarvt. In einem Artikel der „Deutschen Zeitung“ wurde Wels der Vorwurf gemacht, er habe Landesverrat begangen. Was ein richtiger sozialdemokratischer Führer ist, läßt niemals den Vorwurf auf sich liegen, daß er Verrat an kapitalistischen „Vaterland“ begangen habe. Und so lagte Wels denn gegen die verantwortlichen Redakteure der „Deutschen Zeitung“.

Bei dieser Gelegenheit kamen nun jene interessanten Einzelheiten ans Tageslicht, die der deutschen Arbeiterklasse beweisen, daß die sozialdemokratischen Führer die Regierung des Brüning nicht nur tolerierten, sondern sogar für diese Regierung und für die deutschen Kriegerangehörigen ins Ausland führen, um die Gunst des englischen Imperialismus für das Brüning-Kabinett zu erwerben.

Geradezu sensationell war das Bekenntnis des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden, daß die SPD durch ihre verwerfliche Kriegspolitik die Spaltung der Arbeiterklasse im Dienste der imperialistischen Kriegsverbrecher herbeigeführt hat. Wels führte nach dem „Vorwärts“ mündlich aus:

„In Wirklichkeit hat niemand in so hohem Maße den Begriff wahrgenommen: Das Vaterland heißt über der Partei.“ Denn hier für das Vaterland heißt das Recht hingeben: Die Einheit der Partei ist, indem sie wegen ihrer Stellung zum Vaterland selbst die Spaltung der Partei ertragen mußte!

Dieses Bekenntnis ist offen in die Hand eines jeden SPD-Arbeiters! Wels spricht es gehört aus: Wir nehmen die Parteispaltung in Kauf! — um als getreue Knechte den deutschen Imperialisten zu dienen und die Proleten zur Verteilung der kapitalistischen Profitanteile auf die Schlachtfelder zu setzen. Das sind dieselben Leute, die heute nicht müde werden, die Kommunisten, die unter Führung Liebknechts, Luxemburgs und Lenins die rote Fahne des Klassenkampfes hochhoben und getreu den Lehren des revolutionären Marxismus den erbarmsungswürdigen Kampf gegen die imperialistische Kriegsfrotz geführt haben, als Spalter und Feinde der Arbeiterklasse zu bezeichnen.

Bertrere der KP Frankreichs spricht

KPD-Parteileiter Niederhagen

In Zeichen des proletarischen Internationalismus

Auf dem KPD-Parteitag, Bezirk Niederrhein, ergab sich der Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs als schriftlichen Jubel aller Delegierten und Gäste des KPD-Genosse führte u. a. aus:

„Die französischen Imperialisten rufen Heberhacht auf der Grenze arbeiten 10 000 bis 20 000 Proletarier Zeit am Ausbau des Festungsgürtels und fort an dort, was heute gibt es nur eine Partei, die gegen die imperialistische Front kämpft, die Kommunistische Partei. Wir haben zu den französischen Arbeitern gesagt:

„Du Arbeiter des „Siegerlandes“, was hast du noch zu fordern, die man den unterdrückten deutschen Arbeitern auslegen hat? Nichts hat zu bekommen. Du hast von 1914 Steuern zahlen müssen, um den Krieg vorzubereiten, von 1914-1918 haben müssen und von 1918 bis jetzt haben die Steuern bezahlen müssen, um die Kriegsverbrecher auszuheilen und heute mußt du noch mehr Steuern zahlen, um den Krieg vorzubereiten.“

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat mir zu euch geschickt, und Genosse Thores lagte mir zu den Genossen drüben über dem Rhein, damit sie wissen, daß es eine große Macht gibt, die die Arbeiter von 1914-1918 haben müssen und von 1918 bis jetzt die nationale Solidarität der deutschen und französischen Arbeiter, die unter den Führern der Kommunistischen Partei kämpfen.“ (Stimmlicher, langanhaltender Beifall.)

Als euer Führer, Genosse Fischmann, den KPD-Parteitag und in Paris vor 25 000 französischen Arbeitern haben die französischen und englischen Arbeiter mit großer Begeisterung die Rede begrüßt. Jetzt müssen wir die Front international gemächlich kämpfen, jetzt, und nicht über neue imperialistische Kriegstafeln geworden ist. Die Rede des französischen Genossen endete mit einem alle Kräfte gegen einen neuen imperialistischen Krieg. Das Bekenntnis jener neuen imperialistischen Kriegstafeln, die den Tod der Kapitalisten brechen, das ist die Grundlage der proletarischen Solidarität und jammere die Arbeiter an.“

Normarm im Buchdruckerverband Halle

Am gestrigen Sonntag fand im „Volkspark“, Halle, die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Halle, statt. Zu allen Funktionen des Ortsvereins hatte die Opposition Kandidaten vorgeschlagen. Die Reformisten entschieden genau dieselbe Stimmengänge wie im vorigen Jahre. Die Opposition jedoch steigerte ihre Wahrscheinlichkeit um 20 Prozent. Wenn es auch der Opposition in diesem Jahr nicht gelungen ist, in den Vorstand einzubringen, so wird sie mit verstärkter Kraft arbeiten, um die Kollegenchaft restlos in die rote Klassenfront einzuführen. (Nächster Bericht folgt.)

Streikbereitschaft in Branereibetrieben

(Eig. Meldung.) Weisenfels, 10. Dezember.

In den hiesigen Branereibetrieben von GutsMuths und Deitler fanden Betriebsversammlungen statt, in denen zum Tariflohn eine Stellung genommen wurde. Falls bei den Verhandlungen in Halle ein Schnabau herauskommen sollte, wurde beschlossen, gegen jeden Feind Schnabau in den Streik zu treten. Die Reformisten werden wieder genau die rote Linie wie beim Eduardarbeiterfest, Einkünfte wurde in beiden Betriebsversammlungen eine Resolution gegen das Chemnitz Todesurteil an dem Antifaschisten Bartz angenommen.

Hungerrufe auf Weihnachtsmärkten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. Dezember.

Bestern nachmittag, wo mit polizeilicher Erlaubnis die Böden geöffnet waren, kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Demonstrationen der Arbeiter. Mehrere Demonstrationen wurden verhaftet. Die Hungerer-Brotts verurteilten die infame Woge, daß die Arbeiter die Stände der Straßenhändler hätten plündern wollen.

Auch in anderen Städten kam es auf den Weihnachtsmärkten zu Demonstrationen der Erwerbslosen. So berichtet aus Leipzig die „Völkischer Freiheit“, daß durch Demonstrationen und Hungererufe ein Wirt in den betreffenden Verkauf des Geschäfts gezwungen wurde.

Durch
und
trieb
n Ka
risva
rot
im Kamp
Effen
landes
angew
von be
Lohnau
gewerkschaft
politik
in einem gr
des Haupt
einzelnen
einander
verfügt
höheren G
überlassen
als oportu
Geno
tites de
über die B
Ergerber
der Di
Überließen
und Kuch
abzugeben
sollen
enge Ver
nun zeigt d
Hauptverla
gerichte
des Verb
stimmig
wird, die S
bestreift
angenommen
er alle B
An all
werden I
einen un
entscheid
ihre Ang
durch un
Schluss,
sollten
ne sie in
Arbeiter
entscheid
wird die p
Anführung
sollten
heißt
Obere ver
und Wien
Vier Stae
November,
um die W
der Unte
weiterkämp
werden
Höhe.
wären Ver
entschied
unabhängig
angen die
he wurde
reordnun
Pr. 13
Bemerk
KPD
ein Male
von Berli
sollten in
Höhe
einer G
und
W
dem
für un
„Kolle
Bemerk
KPD
ein Male
von Berli
sollten in
Höhe
einer G
und
W
dem
für un
„Kolle

Internationale proletarische Front gegen Schulden- und Tributabkommen

Paris, 10. Dezember. Ueber die Kriegsschulden-Verhandlungen zwischen der englischen und französischen Regierung wird eine amtliche Darstellung verbreitet: Die englische Regierung behauptet, die am 15. Dezember fällige Schuldenrate an die USA zu bezahlen. Unter diesen Umständen will auch die französische Regierung den Zahlungsplan einhalten. Es ist gelungen, infolge der englisch-französischen Einheitsfront in der Schuldenfrage zu erzielen, als beide Regierungen mit der Zahlung den englischen Vorbehalt verknüpfen, daß eine Neuregelung der Schuldenfrage zustande kommt, die im ersten Zusammenstoß mit dem Laufener Abkommen stehen soll. Das heißt im Falle daß die USA die Schulden nicht freigeht, soll das Laufener Abkommen getrennt und die Zahlung der Kriegsschuldenfrage erhält dadurch eine weitere Zusage, daß innerhalb der französischen Bourgeoisie die Differenzen in der Frage der Schuldenfrage sich ebenfalls verflüchtigen, ein Ausbruch der wachsenden Schmutzriegelungen der französischen Bourgeoisie. Diese findet ihren Ausdruck in dem Beschluß des Kammerparlamentes für ausdauernde Angelegenheiten, der zwar für die Zahlung der Kriegsschulden, aber nur unter der Bedingung, daß die USA noch vor der Zahlung sich mit der Neuregelung der Schuldenfrage einverstanden erklärt. Diese Bedingung wird von der Vereinigten Staaten als unannehmbar bezeichnet, jedoch katastrophale Zustimmung in der Schuldenfrage zu erwarten. Jeder französische Arbeiter, der „Humanität“, schreibt Selbsterklärung mit den Beschlüssen der französischen und englischen Regierung: „Von unserem Standpunkt ist entscheidend, daß sowohl die Verhältnisse der besiegten als auch die der Siegerländer, sowohl der Gläubiger als auch die der Schuldnerländer in gleicher Weise vernünftig werden durch die Kriegsschulden, und daß die gesamte einseitige Front ihres Widerstandes auflösen müssen, um den berechtigten Recht auf die Offenlegung der Schuldfrage seit 1919 zu ergründen.“

Rettet die politischen Gefangenen von Mitrowitz!

Seit dem 14. November stehen 150 Gefangene in dem Gefängnis von Mitrowitz in Jugoslawien, dem Lande der blutigen jugoslawischen Diktatur, im Hungerstreik. 23 Tage stehen sie kampftun um die primitivsten Rechte. Die politischen Gefangenen sind den grausamsten, unmenslichen Qualen ausgesetzt. Sie begehen in den dunklen, ungesunden Zellen, bei den geringsten Vergehenden werden Gefangenen von den Wächtern mit Gewehrkugeln blutig erschossen. In den Gemeinschaften sitzen 60 bis 80 Gefangene. Stunden müssen sie täglich in schmutzigen Wäschekübeln wässrige Flüssigkeiten trinken, um als „Bohn“ ein Pfund Speis im Monat zu erhalten. Die Verpflegung ist so erbärmlich, daß selbst der Hungerstreik sie für gesundheitsgefährlich erklärt hat. Sprechen die Gefangenen nicht gestattet, Lesen von Zeitungen und Zeitschriften ist ihnen verboten. Es gibt in der Praxis keine Befehlsbefugnisse und keine Genehmigung von Briefwechseln. Durch die Wächtern des Gefängnisses von Mitrowitz bringt täglich Hungerstreik in der revolutionären Front Tomeric. Die Wächter der Gefangenen zwingen mit dem Tode. Sie nicht zu, daß die politischen Gefangenen in Jugoslawien die Schergen des Herrschers Alexander zugrunde gerichtet werden. Fortschritt mit den Gefangenen von Mitrowitz die Befreiung der politischen Gefangenen, das Aufheben der grausamen Haftbedingungen, die Verbesserung der Behandlung der Gefangenen, die Erlaubnis zum Lesen und Schreiben. Sendet Telegramme an die jugoslawische Regierung! Sendet Delegationen an die jugoslawischen Konsulate und Botschaften! Kampf mit der roten Diktatur gegen die Verfolgung der jugoslawischen Gefangenen! Note Hilfe Deutschlands, Zentralverband.

ILLEGAL

Der Arbeiterorganisierte Meetings in der Lokomotivfabrik und der Hefefabrik-Stein-Industrie. Wir fordern die Regierung durch die im Herbst 1905 sich immer steigende revolutionäre Arbeiterbewegung in Charlottenburg in Verlegenheit geraten war, bewies ihre Unfähigkeit in der Bekämpfung der Bewegung. So sah der neue Gendarmenchef den Ausweg aus der Lage in der Verhaftung von fünfzig Arbeitern der Lokomotivfabrik und der gefährlichen Intellektuellen und in ihrer Ausweisung aus Charlottenburg. Der Gouverneur fürchtete aber, daß dies nur der Spitze der Feuer geben, den Generalstreik hervorgerufen würde und erklärte sich gegen die Maßnahmen. Die Gendarmen berichteten nach Petersburg, die Sache ging schon so weit, daß nicht nur in den Fabriken, sondern auch in den Massenmeetings der Charlottenburger technischen Hochschule die Lösung verbreitet wird: „Durch bewaffneten Aufruhr die Duma mit der Konstituierenden Versammlung zu zerschlagen“ (Akt Nr. 120 der Charlottenburger). Inzwischen riefte der Generalstreik, vor dem der Charlottenburger Gouverneur sich so fürchtete, immer näher. In den ersten Oktobertagen begann der Streik der Charlottenburger Eisenbahnarbeiter. Dann folgte der Streik der Hefefabrik, der Streik der Fabrikanten Melchior, Hefefabrik-Stein und der Streik der Lokomotivfabrik. Am 9. Oktober abends kam die Nachricht über den beginnenden Generalstreik der Arbeiter. Diese Nachricht löste helle Begeisterung aus. Am 10. Oktober schickte der Generalstreik eine „Eine zehn bis fünfzehnminütige Arbeitermassenfront über die Mostomskaja und Krestinskijskaja Straße in den Mostomskojenkomplex. Das geschah zur selben Stunde, in der der vornehmste Teil der Bourgeoisie die Zeit in fröhlicher Stimmung in jenen Restaurants verbrachte, die in den Zeitungen amoncierten: Täglich rumänisches Orchester des Jan Gulstow, Krimer Auktoren. Ausländische Dellstücken. Ausländische Weine. Petersburger Koch.“

Völkerbund verfaßt

Während Japan seinen Raubzug fortsetzt — Der Zusammenprall der imperialistischen Gegenkräfte naht mit Riesengeschritten

Genf, 10. Dezember. Was wir bereits gekennnt voraussetzen, bestätigt sich durch die neuesten Meldungen: Die Vollerfassung des Völkerbundes hat beschlossen, die von den kleineren Staaten eingereichte Resolution zu den Akten zu legen, sich selbst zu verweigern und den Standbureau-Konflikt wieder dem Neuzugehen



Die japanischen Truppen stehen in Mandschurien unmittelbar an der Sowjetgrenze. Gleichzeitig erfolgt eine blutige japanische Offensive auf die Provinz Jehol, die nicht zur Mandschurien gehört.

Ausgang zu übergeben. Dieser Beschluß bedeutet eine glatte Unterbrechung des japanischen Imperialismus, dem somit Zeit gelassen wird, seinen Raubzug fortzusetzen und ihn auf die nordchinesische Provinz Jehol auszuweiten. Davon zeugen die jüngst gemeldeten Bombenangriffe und Truppenkonzentrierungen an den Grenzen dieser Provinz.

Wenn der Völkerbund nicht offen und eindeutig für Japan schon jetzt entschieden hat, so ist das lediglich auf die Gegenkräfte zwischen dem japanischen und amerikanischen Imperialismus zurückzuführen, die bei irgendeinem Beschluß des Völkerbundes, wie auch immer er geartet sein mag, offen zum Ausdruck kommen würden. Das Unvermögen des Völkerbundes, ein imperialistisches Kompromiß über die Aufteilung der Einflusssphären am Stillen Ozean zu finden, beleuchtet trotz der Situation, in der sich der Weltkapitalismus am Ende der kapitalistischen Stabilisierung befindet. Die Imperialisten nähern sich mit Riesengeschwindigkeit dem Punkt, wo sie den gordischen Knoten ihrer Gegensätze nicht mehr anders als mit dem Schwert auseinanderzulegen können.

Eine neue Unterbrechung erfährt diese Tatsache durch die Beratungen des japanischen Kabinetts, in welchem der japanische Kriegsgesandte Waki offen den Austritt Japans aus dem Völkerbund forderte, falls dieser nicht bedingungslos sich auf den japanischen Standpunkt stellen.

Sowjetregierung fordert Aufklärung

Die sowjetischen Agenten fordern das unerbötige Interview des japanischen Delegierten beim Völkerbund Wajiwaha an die westdeutsche Zeitung „Kölnische Volkszeitung“ (Derringer-Konferenz). Die unerbötigen Kriegsandrohungen des japanischen Regierungssprechers haben die Sowjetregierung veranlaßt, bei der japanischen Regierung Aufklärung über dieses Interview zu fordern.

Rüstungskonferenz hinter verschlossenen Türen

Auf der Suche nach der imperialistischen Kompromiß-Formel im Rahmen des Versailles Systems

Genf, 10. Dezember. Die Rüstungskonferenz der fünf Mächte wird nun hinter verschlossenen Türen geführt. Wie mitgeteilt wird, geschieht das auf ausdrücklichen Wunsch des deutschen Außenministers Neurath, der darauf bestand, daß keine offiziellen Mitteilungen über die Besprechung in Genf veröffentlicht werden sollen.

Schon allein diese Tatsache und darüber hinaus die Gerüchte, die aus dem Innern der Genfer Dunkelkammer in die Öffentlichkeit dringen, deuten darauf hin, daß die deutsche Bourgeoisie verflucht, unter allen Umständen zu einer „Verständigung“ mit dem französischen Imperialismus zu gelangen, die sich naturgemäß nur im Rahmen des Versailles Systems halten kann. Wie gerüchelt wird, soll der deutsche Außenminister auf die Gegenintention von Courcy, was die deutsche Regierung unter Gleichberechtigung nicht, geantwortet haben, daß an Stelle des Teiles 5 des Versailles Vertrags freiwillige Abmachungen treten sollten. Dieses „Einverständnis“ muß Deutschland die Möglichkeit gewähren, „geringerer Streikkräfte“ zu besitzen, um die „innere Ordnung“ aufrecht zu erhalten und sich gegen „äußere Angriffe“ zu schützen. Es soll eine selbstförmige Angleichung an den Rüstungsstand der anderen Mächte erfolgen. Dafür erklärt sich die deutsche Regierung bereit, die französische Forderung nach Verstärkung der sogenannten „Sicherheitsgarantien“ in weitgehendem Maße zu erfüllen.

Diese Vor schläge des deutschen Imperialismus lehnen sich demnach weitgehend an den berühmten „Sicherheitspakt“ der

französischen Regierung und an die Vorschläge des englischen Außenministers Simon an, die bekanntlich im Kern eine Sicherung des Versailles Systems zum Ziel haben. Die Verluste der imperialistischen Mächte, irgendeine Formel zu finden, um ihre wachsenden Gegensätze noch einmal zu vertragen, können den vollständigen Bankrott des Versailles Schwandels nicht mehr verhindern. Was wir Kommunisten schon zu Beginn der Abwärtsschwandels vorausgesagt haben, bei der sich die Sozialdemokratie als Kullenscheibe betätigt, das ist heute reiflos eingetroffen und so klar, daß die wertvollen Massen in allen Ländern diesen Bankrott erkennen.

18 000 Metallarbeiter streiken

Die Streikwelle in Spanien

Valencia, 10. Dezember. Seit zwei Tagen stehen in Valencia 18 000 Metallarbeiter im Streik für ihre Lohnforderungen. Die Regierung hat harte Willkür in der Stadt zusammengezogen.

In Gijon, in der Provinz Oviedo, sind die Arbeiter in den Generalstreik getreten. Der Verkehr liegt vollständig still. Auf Anweisung des Gouverneurs wurden 21 Funktionäre der Kommunistischen Partei verhaftet.

die Massen zu beeinflussen! ... Wir hungern, aber wir halten uns ... Gellern zum Beispiel bekamen wir die Nachricht: Die Fabrikverwaltung ruft alle eure Delegierten in die Stadt, um mit ihnen zu verhandeln! Wir gingen also hin. Ich bemerkte, wie der Direktor die Unterhandlungen in die Länge zieht. Mit allen Mitteln verfuhr er, uns an der Kasse herumzuführen. Wir sind aber auch nicht auf den Kopf gefallen, es ist nicht so leicht, uns zumutigen ... Ich schau auf die Uhr: Mitternacht. Spät. Wir müssen nach Hause, Herr Direktor, lege ich.

„Seid ihr also mit meinen Bedingungen nicht einverstanden?“ „Nein“, antworteten wir, „nein, Herr Direktor. Bevor alle unsere Forderungen erfüllt sind, können wir auf nichts eingehen.“

„Schön“, sagt er, „Ihr werdet aber noch bitter bereuen!“ Er schmettert die Tür zu und geht fort. Wir geben aus dem Büro auf die Straße. Ganz finster ist's. Schamus. Keine Menschenleere ist zu sehen. Wir gehen durch die Nebengasse ... Möglichst schnell bilden wir eine ganze Horde, die uns entgegenkommt.

„Haut sie!“ hören wir brüllen. „Haut sie, diese verdammten Streiker! Haut sie, daß ihnen Hören und Sehen vergeht! Dieses Gefindel ...“

Und sie begannen, auf uns loszudrücken.

„Schlimm ist das, Genossen“, sage ich, „Die Fabrikverwaltung hat diese Schwarzen Hundertschafften gefaßt ... Da muß man schon tünnen!“ Wir rannten also. Wir rannten so rasch, daß unsere Abfälle im Dunkel Funken spritzten ... „Seht ihr, lagte ich dann in der Verfallung, wie wir leben müssen für die gemeinsame Sache ... Den ganzen Tag sahen wir in den Fabrikverwaltungen. Den ganzen Tag haben wir auch nicht ein Krümmen gesehen ... Der Direktor hat uns zu Tode gequält mit seinen Reden und mit den Verhören, uns zumutigen ... Und keinen verprügelte uns die Schwarze Hundertschafften ... Sie ärgern sich, diese verdammten Schmarotzer, daß wir uns so fest halten. Wir tun nur, Genossen, legte ich, haltet nur noch eine Woche oder zwei durch ... die Fabrikverwaltung wird am Ende doch nachgeben müssen ...“

„Ja, wir halten durch! Wir halten durch!“ riefen alle. „Bleibt nur an der Stange! ... Laßt euch nicht runterziehen!“

(Fortsetzung folgt)



Die werklätige Frau

Wachsende Frauenausbeutung in Deutschland

Verstärkt den Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Je mehr sich die Krise der kapitalistischen Wirtschaft verschärft, um so mehr Frauen und Mädchen werden in die Fabriken gedrückt, denn die Unternehmer erzielen durch die billigere Frauenarbeit höhere Profite. Durch die letzte Rappen-Rotterordnung haben die Unternehmer den direkten Anreiz bekommen, anstatt der Männer die billigere Arbeitskraft der Frauen zu verwenden. Die Rotterordnung gibt den Unternehmern die Möglichkeit, ihre Profite nicht nur durch allgemeinen Lohnabbau für alle Arbeitnehmern, nicht nur durch die 400-Mark-Krante und die Steuerzuschüsse zu erhöhen, sondern darüber hinaus noch durch Einsparung von Ausgaben für die Löhne, indem sie die billigere Frauenarbeitskraft einstellen. Das „Berliner Tageblatt“ vom 20. November führt ein Beispiel an, in dem es heißt:

„In einem Berliner Großbetrieb der Metallindustrie, in dem allerdings der beabsichtigte Lohnabbau infolge einer Streikaktion nicht durchgeführt werden konnte, hätte sich bei voller Ausnutzung der Rotterordnung folgende Berechnung ergeben: Es wurden 16 männliche und 83 weibliche Arbeitskräfte eingestellt. Danach gab es eine Befähigung von 64,6 Prozent Frauen gegenüber 61,6 Prozent vor der Neueinstellung. Ohne Lohnabbau und ohne die neuen Arbeitskräfte hätte der wöchentliche Lohnaufwand in diesem Betriebe 15880 Mark betragen. Für die 99 Neueinstellungen konnte der Arbeitgeber 762 Mark Lohnprämien zur Abgabe verlangen. Wenn der Lohnabbau durchgeführt wäre, hätte die wöchentliche Lohnsumme 16557 Mark betragen, also nur 668 Mark mehr als vorher, während allein 762 Mark an Lohnprämien durch die große Anzahl der neuangestellten weiblichen Arbeitskräfte eingegangen wären.“

Durch die Rotterordnung ist den Unternehmern ein viel größerer Spielraum gegeben, ihre Gewinne auf Kosten der viel

billigeren weiblichen Arbeitskräfte zu erhöhen. Sofort nach Bekanntwerden der Rotterordnung forderte A. B. die Gewerkschaft Summi-Eda in Mitteldeutschland durch Briefe ehemalige bei ihr beschäftigte Arbeiter auf, ihre Frauen zwecks Arbeitsaufnahme zur Fabrik zu entlassen. Diese Frauen verrichten heute dieselbe Arbeit, die früher ihre eigenen Männer durchführten, für eine Entlohnung, die nur 48 Prozent der Männerhöhe beträgt.

Die Gewerkschaften haben längst den Kampf für die Forderung: „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, aufgegeben. Ihre Schlangennahme zur Arbeit der Frau im Produktionsprozeß wird am besten dadurch charakterisiert, daß sie zwar in ihren Beschlüssen offiziell gegen ein Verbot der Frauenarbeit sind, gleichzeitig aber erklären, daß die verheirateten Frauen den Familieneinkern Platz machen müßten. Die Nationalsozialisten und auch das Zentrum erklären, die Frau gehöre ins Haus. Sie alle sind sich also einig in der Forderung: Heraus mit den Frauen aus den Be-

trieben. Das hindert sie jedoch nicht, gemeinsam den folgendsten weiblichen Arbeitsdienst zu propagieren.

Das revolutionäre Proletariat kämpft gegen jede Entartung gleichviel ob Mann oder Frau. Es weiß, daß die Frau erst dann nicht mehr Lohnbrüderin gegenüber dem männlichen Arbeiter sein wird, wenn sie bei gleicher Arbeit auch den gleichen Lohn hat, sowie das bereits heute in der Sowjetunion der Fall ist. Aber der Kapitalismus, dessen oberstes Gesetz die Profitmaximierung ist, müßte, solange er besteht, immer mehr Frauen in die Betriebe zu niedrigerem Lohn in die Fabriken treiben.

Die Konsequenzen, die deshalb das revolutionäre Proletariat aus der Tatsache der sich immer mehr steigenden Bezahlung der Frauen in der Produktion ziehen muß, sind, größte Aufmerksamkeit der Mobilisierung der Arbeiterinnen und proletarischen Frauen zu widmen und in den revolutionären Klassenkampf einzutreten.

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Wie die Frauen wählen Zwei Beispiele

In Köln ist das Zentrum mit 98736 Stimmen die stärkste Partei nur deshalb, weil 60117 Frauen das Zentrum wählten. Das sind 60,8 Prozent für das Zentrum abgegebene Stimmen.

Die Kommunistische Partei, als zweitstärkste Partei mit 91094 Stimmen, erhielt 35.600 Frauenstimmen gleich 39 Prozent der für sie abgegebenen Stimmen.

Die Sozialdemokratie verlor 45 Prozent ihrer für sie abgegebenen Stimmen gleich 34258 von insgesamt 76100 Stimmen Frauenstimmen.

Die Sozialdemokratie hat von 64.664 Stimmen 29.097 Frauenstimmen, das sind 44,9 Prozent der für sie abgegebenen Stimmen.

In Magdeburg steht das Verhältnis der Frauenstimmen zu den Männerstimmen innerhalb der Parteien folgendermaßen aus:

Die Sozialdemokratie als die dort dominierende Partei erhielt von insgesamt 65196 für sie abgegebenen Stimmen allein 34.089 Frauenstimmen, das sind 50,9 Prozent der für sie abgegebenen Stimmen.

Die Kommunistische Partei erhielt von den für sie abgegebenen 28.576 nur 12.245 Frauenstimmen, das sind 42,8 Prozent oder 40,96 weniger Frauen- als Männerstimmen.

Die Nazi-Partei konnte von insgesamt 61.895 für sie abgegebenen Stimmen 54.1 Prozent gleich 33.587 Frauenstimmen erreichen. Das sind 52,1 Prozent der für sie abgegebenen Stimmen.

Im Vergleich mit der Abgabe der Frauenstimmen bei der Wahl 1930 hat sich der Anteil der Frauenstimmen in Köln folgendermaßen verhalten:

	SPD.	Nazi	Zentrum
1930	35,8 Proz.	46,1 Proz.	43,6 Proz.
1932 (Nov.)	39, Proz.	44,9 Proz.	45 Proz.

Das zeigt, daß die Frauen bei der Wahl 1932 für die SPD. eine rückläufige Bewegung, bei der Kommunistischen Partei und den Nationalsozialisten jedoch eine geringe Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen ist.

Die Kommunistische Partei hat jedoch trotz ihres gewaltigen Vormarsches und der zahlenmäßig viel größeren Abgabe der

Stimmen auch für die SPD. doch immer noch den geringsten Anteil der Frauenstimmen.

Der prozentuale Anteil der Männer- und Frauenstimmen in den einzelnen Parteien, errechnet an den gelangt gültigen abgegebenen Stimmen, steht in Magdeburg bei einer Wahlbestätigung von 89,4 Prozent Männer und 85,9 Prozent Frauen folgendermaßen aus:

	In Prozent:		Männer		Frauen	
	SPD.	Nazi	SPD.	Nazi	SPD.	Nazi
1930	6,4	5	17,6	20	9,2	9,7
1932 Juli	7,0	6,5	10,3	8,9	9,8	9,9
1932 Nov.	8,5	5,3	12,2	17,7	14,8	17,5

In Köln haben wir folgende Entwicklung bei einer Wahlbestätigung von 68,4 Prozent:

	In Prozent:		Männer		Frauen	
	SPD.	Nazi	SPD.	Nazi	SPD.	Nazi
1930	10,3	6,5	10,3	8,9	7,6	9
1932 Juli	13	9,2	9,9	8,4	18,3	11,2
1932 Nov.	14,8	9,5	9,5	7,7	11,1	9,1

Diese Tabellen veranschaulichen sehr deutlich, wie die kommunistische Partei auch unter den weiblichen Wählerinnen den Vormarsch ist. Jedoch gilt es auch zu sehen, wie der Sozialismus bei den Frauen. Auch haben wir weit zurück hinter den Anteil, welche das Zentrum und die Sozialdemokratie auch bei Nazis bei den Frauenverhältnissen haben. Es ist bei einem der wesentlichsten Aufgabengebiete der kommunistischen Partei, in der Einheitsfrontaktion auch Millionen Arbeiterinnen und proletarische Frauen der revolutionären Klassenfront zu führen.

Jede werklätige Frau, jede Arbeiterin in die Kampferlinie!
„Die Kämpferin“
Die neueste Nummer schon erschienen.

Genossin, du ...

Dort drüben, dort, wo die Fabrikschloten
Stoßen in das graue Volkenmeer,
Wo die Räder surren und die Kessel zischen,
Die Motore zittern und die Kolben stampfen,
Weiß ich dich,
Mein Mädlel, du, Genossin!

Frühmorgens dann, wenn die Sirenen
Heulen in das düstere Hungerdasein,
Das die Armen tötet und die Reichen sättigt,
Das den Haß schürt und die Fronten klärt,
Weiß ich dich,
Genossin, auf dem Wege!

Und drin, da, wo vorbei das Fließband
Rast an hundert Proletarierhänden,
Die so müde greifen — und doch so fest sind,
Wenn die Klassenfront sie ruft, die Fahnen hoch zu tragen,
Weiß ich dich,
Genossin, auf der Vorhut.

Und abends spät, wenn die Laternen
Leuchten in den schwarzen Proletariergassen;
Wir der Zukunft denken, die so groß wird werden,
Wenn die Ketten bersten, wie im Osten drüben,
Fest umarm ich dich,
Genossin, du, mein Mädlel!

ECKE für proletarische Kinder!

Freiheit für unsere „Trommel“

Als ich neulich auf die Straße kam, traf ich meine Freundin. Die sagte mir, daß die Zeitung aller Arbeiter- und Bauernkinder, „Die Trommel“, auf ein halbes Jahr verboten ist. Ich war ganz empört, denn „Die Trommel“ schreibt immer die Wahrheit. Sie schreibt nämlich, wie es uns Kindern geht. Wir beide beschlossen nun, alle Kinder zusammenzutrommeln, aus Polizeipräsidium zu gehen, und dort zu protestieren.

Es kamen viele mit. Wir waren so 30 Kinder. Pioniere waren auch ein paar mit dabei. Wir wählten noch rasch ein paar Kinder aus, die rausgehen sollten. Dann ging's los.

Als wir vor dem Präsidium ankamen, stand ein Sipo vor dem Eingangstor. Der fragte uns, was wir wollen. Wir sagten: „Protest erheben gegen das Verbot der „Trommel“. Sipo: „Was, Protest? Und was für eine „Trommel“? Wir: „Die Zeitung der Arbeiter- und Bauernkinder!“ Sipo: „Was geht euch eine Zeitung an Macht über eure Schularbeiten? Wir: „Die haben wir schon gemacht.“ Sipo: „Wer schickt euch denn?“ Wir: „Uns schickt keiner! Wir kommen von selbst herher.“ Sipo: „Dann macht, daß ihr nach Hause kommt!“ Wir: „Nein! Wir wollen zur Abteilung I und unseren Protest vorbringen.“ Sipo: „Wenn ihr jetzt nicht macht, daß ihr wegkommt, dann sperre ich euch alle ein.“ Wir lachten und sagten: „Das können Sie ja gar nicht!“ Darauf sagte er: „Nun ist's aber genug“, und jagte uns fort. Als wir nicht gleich gingen, wurde er grob. Wir gingen

schließlich nach Hause mit dem Beschluß, alle bei den Roten Jungpionieren einzutreten. Das haben wir auch alle gemacht.

Seld bereit!

Hilde M., Berlin, 12 Jahre.

Die Rot-Sport-Pioniere von Zella-Mehlis sammelten 150 Unterschriften von Arbeiteltern, die gegen das Verbot der „Trommel“ protestieren.

Kinder in der rumänischen Gesandtschaft

Vor einigen Tagen konntet ihr in den Zeitungen lesen, daß die Polizei in Rumänien, die Siguranza, revolutionäre Arbeiter- und Bauernkinder grausam foltert. Mehrere Pioniere sind bereits ihren Todesqualen erlegen. Ein Berliner Pionier schreibt uns: Wir hörten auf einer großen Sitzung von den Folterungen der rumänischen Siguranza gegen revolutionäre Kinder. Sofort beschlossen wir, unseren rumänischen Kameraden zu helfen. Wir sprachen in unseren Pionierabteilungen und in einigen Schulklassen über die Folterungen. Ich wohne in Liechtenberg. Wir waren 5 Kinder, die gewählt wurden als Delegation zur rumänischen Gesandtschaft. Wir mußten 3 Stunden laufen, bis wir dort waren. Wir hatten kein Fahrrad.

Als wir dort waren, trafen wir einen ganzen Schwung Deutsche. Wir hatten einen Protestbrief, den wir beim Gesandten abgeben wollten.

Wir gingen in das Haus. Ein Mann wollte uns hinauswerfen. Der Brief nahm er nicht an. Wir gingen wieder hinaus. Auf der Straße beratschlagten wir von neuem. Dann gingen wir wieder hinein. Drinnen machten wir Krach. Da kam dann ein anderer Mann. Der hörte uns zu und nahm den Brief an. Wir sagten ihm, daß die gefolterten Kinder unsere Kameraden sind, werden alle Kindern, denen wir begegnen, über die Folterungen erzählen. Wir verachten die Siguranza und die Sozialdemokraten, die Arbeiter- und Bauernkinder der ganzen Welt zu kämpfen brüderlich Seite an Seite für ihre Freiheit. Der Mann machte ein langes Gesicht.

Wir 5 Kinder aus Liechtenberg mußten wieder 3 Stunden zurücklaufen. Das schadet aber nichts. Arbeiterkinder sind in der ganzen Welt zusammenhalten.

Seld bereit!

Karl K. Berlin-Liechtenberg

telegramme

das liederbuch „seld bereit!“ ist neu erschienen stop eine neuze neuer nieder drin stop kostet nur zwanzig pfennig ihr müßt es alle kaufen stop verlag der jugendinternationale berlin.

In plauen ist streik stop drei schule streiken stop erungen sind freies eintr in der schule, freie schreibstübchen zurverfügungstellen der tannhalle für rot-sport kampf demonstrationen stattgefunden.

Beramtvertheil: Altes B. u. S. B. Berlin.



Im Feuer der Streikämpfe!

Von Rudolf Leusch
(Fortsetzung und Schluß)

Der wichtigste Frontabschnitt: Leuna!

Der wichtigste und entscheidende Bereich Mitteldeutschlands ist das riesige Leuna-Werk. Dort aber sind auch gerade in der RGO Arbeit die größten Schwierigkeiten vorhanden. In Leuna kann man nicht davon reden, daß die RGO dort wirklich als Organisator der Streikämpfe auf den Plan tritt.

Der Umbau der RGO auf Abteilungsgruppen und die Frage des Streikensetzungsrechtes sind in Leuna nicht gelöst. Aber wollen unsere roten Betriebsräte oder die Betriebsräte der RGO die Verbindung mit den Leuna-Arbeitern aufrechterhalten, wenn sie mit den einzelnen Abteilungen dieses Kleinbetriebes nicht oder nur mangelhaft verbunden sind. Man kann die Leuna-Arbeiter nicht nur durch ideologische Aufklärung in den Wohnungen gewinnen, sondern das wichtigste Mittel und die wichtigste Aufgabe, die wir zu lösen haben, ist die Werbung des reformistischen und nationalsozialistischen Einflusses im Leuna-Werk durch die tägliche Anteressenvertretung, durch das Eintreten auch für die Klein- und Kleinsten Dinge im Betrieb.

Die RGO in der Antifaschistischen Aktion

In der Antifaschistischen Aktion unter der Führung der Kommunistischen Partei ist es uns RGO gelungen, an größerer Teile der Betriebsräte und freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter heranzukommen. Was aber waren die Schwierigkeiten? Es gelang nicht, in genügendem Maße die Antifaschistische Aktion im wehrhaften Kampf gegen den Nazistat der Straße in die Betriebe zu tragen und zum Kampf gegen Unternehmern für die Interessen der Beschäftigten. Nur sehr wenig Beispiele gibt es, wo wirklich durch unsere Initiativen Betriebsräte, Gewerkschaftsmitglieder, Abteilungs- oder Betriebsratsverfassungen, Abteilungen, Abteilungen oder Betriebsratsverfassungen vollständig ihren Anschlag an die Antifaschistische Aktion vollzogen und in Verbindung damit auch wieder übergingen, sich ihre Einheitsfrontorgane zu schaffen. Die Einheitsfrontpolitik ist der entscheidende Hebel, der es uns ermöglicht, noch viel breiter und tiefer in die Reihen der sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter vorzudringen.

Auf diesem Gebiete hatten wir durch die Vernachlässigung der Einheitsfrontpolitik in Leuna ein ziemlich hartes Temperament. Es gibt einige gute Beispiele, aber diese Beispiele genügen nicht in einer Situation der sich ständig verärfertenden Klassenengstlichkeit und des Wachstums des revolutionären Aufkommens. Solche Beispiele wie Leuna und Film-Wolfe sind mitschuldig an einer Einheitsfrontpolitik. Einheitsfront ist für uns nicht das Ziel, sondern Mittel zum Zweck. Die Strategie und Methode unserer Arbeit für die Verdichtung und Gewinnung der uns noch fernstehenden Arbeiterschaft.

Es gab sogar Fälle, wie in der Königs- und in der Leuna-Einheitsfront mit dem RGO-Vorstand früher machten.

Jeder Gewerkschaftler hieß den „Massenkampf“

Unsere Genossen gingen mit Stiller auf das Verhandlungs- bis Verhandeln gemeinsam mit Stiller und der Unternehmung, anstatt die Arbeiter zum Kampf zu mobilisieren. Der Lohnabbau wurde durchgeführt.

Solche Einheitsfrontpolitik nützt nicht uns, sondern dem Klassengegner. Es mußte eine der wichtigsten Aufgaben der Tages des erweiterten Betriebsrates sein, zu allen opportunistischen Entlassungen und der falschen Einheitsfrontpolitik Stellung zu nehmen, um für die Zukunft bestimmte Sicherungen in jeder Linie zu schaffen.

Vor den Mitarbeitern des erweiterten Betriebsrates, die überbau vor der Gesamt-RGO liegen große gemaltige Aufgaben, die ihrer Lösung harrten. Nachdem die Unternehmer mit der Durchführung der Wapen-Vorverordnung auf eine ziemlich breite Streikwelle gelangen sind, gehen sie jetzt dazu über, erneut ihre Wortführer in den verschiedenen Betrieben und Schulgruppen zu organisieren. Die Wapenarbeiter sind dabei eine bessere Plattform für die Erreichung von neuen Subventionen, zu neuem Lohnraub. Der Tarifvertrag für die Bauarbeiter von Sachlen-Anhalt ist gefährdet. Die Holzarbeiter in Halle sind ausgepeert, die Zigarrenarbeiter von Halle im Streik, überall neue Vorstöße der Unternehmer, aber auch in anderen Betrieben und in Halle bei den Arbeitern. Die reformistischen Gewerkschaften tun alles, um die Wapen-Vorverordnung durchzuführen. Erst jetzt wieder hat Leipzig in seiner Wapen-Vorverordnung mit Schlichter bereits politische Vorläufe gemacht.

Der RGO fällt die große, gewaltige Aufgabe zu, wirtlich Organisator der Kampfmittel der Arbeiterklasse zu sein. Unter der Leitung „Aktion vor Hunger und Frost“ mobilisieren wir die Millionen der Erwerbslosen, die hungern und frieren und dem Kapitalismus ihrem Schicksal überlassen sind. Wir müssen alles tun, um den Kampf der Erwerbslosen mit dem Kampf der Betriebsarbeiter zu verbinden.

Bei allen Streikämpfen haben die Erwerbslosen glänzende Solidarität mit den Betriebsarbeitern bewiesen. Sie wurden nicht zu Streikbrechern, sondern zu aktiven Streikführern. Das aber verpflichtet auch die Betriebsarbeiter zu noch stärkerer Kampfbereitschaft mit den Erwerbslosen.

Groß sind die Aufgaben, die vor uns stehen. Wir können und müssen sie lösen, wenn wir es wirtlich verstehen, unsere Arbeit an den entscheidenden Frontabschnitt, an der Betriebs- und Gewerkschaften, unter den Millionen der Erwerbslosen zu verankern, wenn wir die Einheitsfrontaktion als den wichtigsten Hebel zur Mobilisierung der wertvollsten Massen gebrauchen. Überall wo der Unternehmer angreift, ganz gleich, in welcher Form, muß er auf den erbittertesten Widerstand der Arbeiter stoßen.

Durch Mobilisierung von Zeilkämpfern Befähigung der Arbeiterklasse an die entscheidenden Kampfe um die Wapen. Schonungsloser Kampf in unseren eigenen Reihen gegen Rechtsopportunisten und linkes Scheitern.

Noch breiter organisieren die Streikwelle, noch bessere, tägliche Anteressenvertretung der Arbeiterklasse durch die RGO. So und nur so werden wir unsere höchsten Ziele erreichen, die RGO zu einer wirtlichen Massenorganisation der deutschen Arbeiterklasse ausbauen und sie für die heilige Führung der herannahenden Kampfe bereit machen. Gegen Schlichter-Vorstand, Lohnabbau und reformistischen Verrat noch stärker vorwärts in der Einheitsfrontaktion!

Eggert erklärt auf dem Tabakarbeiter-Verbandstag: „Streikbruchpolitik des DGB wird fortgesetzt“

Antwortet mit der Verbreiterung der kämpfenden roten Einheitsfront in Betrieb u. Gewerkschaft

Auf dem Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes sprach Eggert vom Bundesvorstand des DGB. Sein ganzes Referat war eine einzige Bejähigung der arbeitgeberfeindlichen Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie. Ist es nicht ein typisches Beispiel dieser Streikbruchpolitik, wenn Eggert erklärte:

„Den Gewerkschaften war oft die Taktik des Kampfes von dem Klassengegner vorgeschrieben worden.“

Tamohli, die Gewerkschaftsbürokratie hat nicht nur die Lohnraummaßnahmen der Brüning-Regierung toleriert, sie hat auch alles darangelegt, um der Wapen-Regierung zu helfen, ihr Wirtschaftsprogramm durchzuführen, um der kämpfenden Arbeiterklasse in den Arm zu fallen.

Er unterließ diesen Verrat noch einmal ausdrücklich, wenn er daran erinnerte, „daß keine Regierung in Deutschland sich gegen die organisierte Arbeiterkraft halten könne.“

Aber die Gewerkschaftsbürokratie bekannte sich auf dem Verbandstag erneut zur Fortsetzung dieser Politik. Gewerkschaftsleiter, hört, was Eggert nach dem Eingangs des Verrats hierzu zu sagen hat.

„Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Beantwortung, sich in der von ihnen bisher eingeschlagenen Marschrichtung irremachen zu lassen.“

Nach wie vor will die Gewerkschaftsbürokratie alles daran setzen, um die Arbeiter daran zu hindern, mit der Waffe des

Streiks der kapitalistischen Offensiv entgegenzutreten. Denn die zitierte Eggert den Vater der Arbeitgemeinschaftspolitik, Eggert, „Der Streik ist nicht das Ziel, sondern das letzte Mittel im Kampf.“

Eggert wogte es, diese zynischen Bekenntnisse zur Fortsetzung der Streikbruchpolitik unter dem Thema „DGB und Einheitsfront“ von sich zu geben.

Er wogte es, im selben Atemzuge die Kommunistische Partei zu beschuldigen, sie solle nicht die Einheitsfront der Arbeiterklasse, sie solle vielmehr den „bruderstößigen Kampf“ der Arbeiter untereinander.

Die Arbeiterklasse will die Einheit im Kampf gegen Kapitaloffensiv und Faschismus.

Diese Einheitsfront kann nur in den Betrieben und an den Stempelfeldern durch die gemeinsame Organisierung des Kampfes, durch die Bildung einheitlicher Kampfleitungen geschaffen werden.

Für diese Einheitsfront legen sich die Kommunisten ein. Der weitere Verlauf der Diskussion bewies, daß es noch keinen fähigen Vorstoß der Opposition niemanden weiter gibt, der schloßlos die Interessen der Wirtlichkeitschaft auf diesem Gebiete vertritt. Trotzdem stehen auch die Ausführungen einer RGO sozialdemokratischen Diskussionsredner die ungeheure Empörung durchzubilden, die in der Wirtlichkeitschaft herrscht.

Die nachfolgende Diskussion wurde fast ausschließlich von den Mitgliedern des Verbandes bestritten, die sich gegenwärtig die Richtung ihrer Politik beiseitegingen.

Die Wasag-Arbeiterinnen kämpfen mit

Betriebsarbeiterinnen-Korrespondenz aus der Wasag

Wie stehen auf wichtigen Kampfpunkten

Vor einiger Zeit wurde bei uns auf der „Wasag“ Fliegeralarm durchgeübt. Um 15 Uhr erlöste die Fabrikglocke. Wir mußten uns nach den sogenannten Schutzstellungen begeben. Es gab militärische Anweisungen von wegen in Doppelreihe antreten usw. Der größte Teil der Beschäftigten fummerte sich einen Dreck um diese Anweisungen. Es waren auch keine richtigen Sicherheitsübungen da, sie wurden nur „maschiert“.

Mit den Übungen will man uns an den Gedanken eines imperialistischen Krieges gewöhnen. Die Chemiefabrik sollen sich in die Finger schneiden. Wir „Wasag“-Proleten stehen zur Seite und gegen den imperialistischen Krieg. Die Gasabspaltung hat manchem Kollegen die Augen geöffnet, der bisher an eine Kriegesgefahr nicht glaubte. Wir stehen als „Wasag“-Proleten auf einem wichtigen Kampfpunkte.

Unsere letzte Betriebszeitung, „Der Wasagpiegel“, wurde mächtig distantiert. Der Wirtler Blasing verjuchte zwar den Gleichgültigen zu martieren, weil seine Wapenheiten bekannt wurden. Aber innerlich hat er getobt. Wir müssen uns der Kollegen annehmen, der bei der Zuschuldung durch Blasing die Kritik demüht wurde. Die Verteilung soll sie erregen.

Und die Zustände im Betriebsrat müssen abgeändert werden. Der Spießelwärtner kann nicht dafür, wenn er Wapen-Sonntag (das heißt ausgeben) machen muß und die Wapen-Sonntag auf Mittag haben und das Kaffeemesser fehlt. Die Verteilung hat Erfolg zu haben. Sie schenkt genug Profit aus unseren Knochen. Die Wirtlichkeitschaft müssen zu Kampfbedingungen werden. Wir „Wasag“-Proleten müssen sich dafür einsetzen. Die Kollegen vom Schichtloft: Weiterhin haben uns jetzt schon bewiesen, wie man eine Sache durchzuführen kann!

Arbeiterkinder schreibt

Berichte und Artikel für eure Sonderbeilagen, die am Freitag, dem 16. Dezember, anläßlich des proletarischen Kindermittags, im „Klassenkampf“ veröffentlicht werden. Schreibt darüber:

Wie die Verhältnisse in der Schule sind:

1. Bekommt ihr Kinderspeisung? Was?
2. Was lehren euch die Lehrer und Lehrerinnen?
3. Wie sind sie politisch eingestellt und wie behandeln sie euch?
4. Machen sie Propaganda für bürgerliche Sportvereine und faschistische Jugendorganisationen?
5. Werden Wanderungen unternommen und was lehrt man euch dabei?
6. Welche Lieder müssen gesungen werden? usw.

Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Hause sind:

1. Was verdient Vater oder Mutter und wie lebt ihr?
2. Was bekommt Vater Erwerbslosenunterstützung?
3. Warum ihr Not und Hunger leiden müßt?
4. Was bekommt ihr zu essen und wie hat die Kleidung?
5. Was erhaltet ihr von der Winterhilfe durch die Wohlfahrts-Tante?
6. Muß Mutter mitarbeiten und was erhält sie?

Was tut ihr gegen die Not:

1. Müßt ihr arbeiten, was und wo und wie behandelt euch der Unternehmer?
2. Wie ist euer gesundheitlicher Zustand?
3. Gehört ihr einer Kinderorganisation an?
4. Wer kämpft mit den Jungpionieren? usw.

Schick alle mit am Ausbruch eurer Befolgen im „Klassenkampf“. Nach er hilft euch, am eure Not der älteren Arbeiterkinder noch begreiflicher zu machen, daß sie noch fähiger und entschlossener kämpfen für die Befreiung der Ueber die Hungerzufälle.

Vom Zelluloidbetriebe verfehlt die Wasag-Wirtlichkeitschaft immer wieder Kollegen nach anderen Betrieben und liest sich die Verlegungen mit frechem Lohnabbau verbunden. Man sieht nicht Kollegen und Kollegen für die erste Woche 2 — Markt ab, für die zweite Woche 1 50 Markt, für die dritte Woche 1 — Markt und in die vierte Woche 50 Pf., und zwar beständig man das damit, die sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in anderen Betrieben wieder einarbeiten mühten. Also sie sollen eine Art Gehalt zahlen. In Wirtlichkeitschaft ist es Lohnabbau, weiter gar nichts. Sie können mit Betriebsräte der Gesamtunion anrufen. Die studieren Hunderttausende von Arbeitern und erhalten sollen Gehälter wird uns abgezogen, ohne daß wir studieren, denn die Arbeiter müssen wir doch in den anderen Abteilungen jodert machen. Was heißt ihr Gehalt zahlen!

Daher, die Chemiefabrik schaden ihre Drohte an allen 60 usen Euben heraus. Wir „Wasag“-Proleten müssen deshalb unterem eigenen Interesse alle Wirtlichkeitschaft anprangern und die Wirtlichkeitschaft kämpfen.

Skavenmarkt in der Film-Wolfe

Die Neueinrichtungen in der Film-Wolfe sind buchstäblich moderner Skavenmarkt anzusehen. Boffen und dreifach mit gefüllt. An der Fronte 1 werden von den Neueinrichtungen ein Teil Arbeiterinnen abgemindert, nur die jüngsten von 18 bis 21 Jahren haben Auslast.

Im Vorhobru findet eine weitere Prüfung statt. Da noch mehr als ganze Reihe Kollegen als unversichert abgemindert. Wer immer noch „Mischel“ hat, kommt zum Streikloft. mußt jede mit den Augen eines Staatsanwalts. Wieder noch welche zurückgeführt. Die übrigen kommen zum Fabrikarzt, wird gefragt, ob man Lehmann ist, da wird man unterrichtet, man auch für die Ausbeutung geeignet ist. Zwei Tage später, man einmündig ist.

Dann sind sechs Wochen Probezeit durchzumachen. Wer mitkommt, liegt hinaus. Die ganze Sache ist eine Qual. Die meisten Kolleginnen kommen von auswärts. Ihre Arbeitszeit 12 Stunden, wenn man die Wegezeit mit einberechnet.

Gegen diese ganzen Zustände können wir nur in der roten Einheitsfrontaktion kämpfen!

Ein Beispiel guter Arbeit

Die Langenhorfer Parteilorganisations schreibt: Die Partei 12 ertt-Plenum selbsttätig ihre Feder und Mangel herbei. Wir haben bisher noch nicht verstanden, die Erhebung der Wirtlichkeit der Arbeiterklasse wirtlich in die Praxis umzusetzen. Wir haben mir den Vortritt in letzter Zeit planmäßig abgemindert, auch halten wir im September in einer Frauenkammerkommunismen, darunter 3 Betriebsarbeiter und 2 „Klassenkampf“.

Nach den Feststellungen des 12. Plenums haben wir uns gewußt müssen handeln.

Wir haben deshalb Stößigkeiten eingeleitet: 1. zur planmäßigen Bearbeitung der Betriebs- und Landarbeiter; 2. zur Werbung für den „Klassenkampf“; 3. zur Schaffung einer Frauenkammerkommunismen, die zunächst die Wapen hat, 100 Frauen. Sondernummern zu vertrieben, um dann unter der Wirtlichkeit zu fallen. Wir haben die Voraussetzungen zur Durchführung dieser Arbeit geschaffen dadurch, daß wir die Wirtlichkeitschaft einleitet mit einer Reihe von Schulungsmaßnahmen. Drei sind bereits durchgeführt. Das erste Referat: 6 Referat nahmen darunter 3 Betriebsarbeiter und 2 „Klassenkampf“.

Nachmachen! Wer meldet das nächste Ergebnis?

Das prächtige Kalkulaminieren hat sich abhören für die Studenten an den einzelnen Fakultäten der Wirtlichen Universitäten herausgegeben, da die Studenten nach Verfall der Universität immer weniger in Arbeitsstellen beschäftigt werden können.

Siedler vor dem Verlust ihrer Scholle

Auch ein Kapitel zu dem Thema: „Der Dank des Vaterlandes“ — 2 Zentner Roggen und 20 Mark für den ganzen Monat zum Lebensunterhalt!

U.A. Torgau. Die Ausbeutungsmassnahmen der Sieblungs-Gesellschaft Sachsen zwingen uns zu folgender Stellungnahme:

Wir Anlieher von Schürigs Hof sind durch die Methoden dieser Gesellschaft zu nichts anderem als Frontrindern geworden. Wir sind heute keine freien Siedler mehr im Sinne des Wortes, da wir nur noch durch Eingehen eines Sicherheitsvertrages mit der Sieblungs-Gesellschaft Sachsendorf die Befahrung abgeben können, von der Scholle betrieben zu werden. Unser Los ist schlimmer denn das eines Erntelosigen geworden.

Durch dieses Sicherheitsverfahren hat man 3. B. einer jedespätigen Familie für den Monat 2 Zentner Roggen und 20 Mark in bar bewilligt.

Hieron müssen dieselben alles bestreiten. Sie dürfen keine Milch noch sonst etwas von ihrem Erntertrag verkaufen. Man darf nicht vergessen, daß die Siedler hier meistens Opfer des Krieges, Flüchtlinge usw. sind, die ihr Eigentum durch den Krieg verloren aber von ihrer Scholle getrieben wurden. Aber gerade deshalb geht sich die Gesellschaft nicht, das Letzte von den Armen der Armen herauszuschinden. Um ihre Ausbeutungsmassnahmen durchzuführen zu können, verluste Sie durch ihren Beschlagnahme, dem Betriebsrat 30 Zent, die Siedler dafür zu genutzen, vorgelegten Bessers zu unterziehen. Ein schmerzhaftes, schmerzhaftes Sieb sollte dabei das erste Opfer sein. Es wird ermahnt, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden sich einmal mit diesen Fällen beschäftigen.

Sollte mehr erwarten von den Beschäftigten sowie von der Aufsichtsbühre nichts unternehmen werden, sind wir genötigt, mit anderem Material an die Öffentlichkeit zu treten. Die Not treibt uns Siedler zu diesem Schritt. Wir können nicht annehmen, daß der „Dank des Vaterlandes“ zu ausreichen soll, daß wir nochmals als Bettler von unserem mühsam erarbeiteten Besitz verjagt werden sollen.

Mehrere Siedler von Schürigs Hof.

In Betrieben, Berufsschulen, Arbeitsdienstlagern und Stempelstellen wählt Delegierte zu dem am 17. und 18. Dezember stattfindenden

Unterbezirks-Jugendkonferenzen

gegen Hunger und Frost, gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Arbeitsdienstpflicht und Militarisierung!

Herr diese Aufgabe empört, fragte ich den Funktionär, was denn diese Leute mit unserer Partei zu tun hätten. Mit solchen Fragen hätten wir nichts gemein. Oder sollen Prinzen und Prinzessinnen die nationale Befreiung der Arbeitseile erkämpfen? Hierauf schwieg sich der Funktionär aus.

Von diesem Abend an so ich mich zurück und wurde Leiter der „U.A.“, in welcher die Erklärung des Kameraden Scheringers notwendig ist. Dieselbe wird bei gefamtem Politist der NSDAP in Verbindung bringen, bedurfte es keiner Rede, dieser Vertreter der Wälden zu lehren und erkläre ich hierdurch meinen Beitritt zur Kommunistischen Partei, bei ein-zigen Arbeiterpartei, denn nur diese ist in der Lage, das Proletariat von den Ketten zu befreien.

Funktionär der Hitler-Partei, geht den Weg Scheringers und laßt Prinzen und Prinzessinnen unter sich.

Mit Not front! Wilsons Marzite, Gladib bei Krefeldhau.

So hat die Arbeiter-„Multipliere“ mit den Schilferungen aus dem Leben des Genossen Scheringer dazu beigetragen, den Klassen-genossen von der Notwendigkeit des Bruchs mit den Prinzen, Grafen und Baronen zu überzeugen. Das müssen alle Wert-tätigen erkennen, die bis heute noch den verlogenen Wahn der Hitler und Genossen folgten. Der zur roten Klassenfront!

Bitterfeld-Wittenberg

Wie eine Bombe hat unser Artikel eingeschlagen

U.A. Pregelitz. Der letzte Artikel im „Klassenkampf“ hat wie eine Bombe bei den guten Freunden unseres Dto eingeschlagen, so daß man in der letzten Sitzung ganz empört war. Schamlos hat man sich an dem Artikel, dem Artikelstreiber eins auf den Hint zu geben. Aber eins auf den Hint bekommen soll, das bewies ja erneut die letzte Sitzung.

Es ist nicht empörend, daß man so rüchloslos in der Reumüh-straße vorgeht. Ohne jede Vorkehrungsmaßnahme geißelt man alle Bemohner, ja man schädigt sogar noch die Steuerzahler und die Kleinrentnerbetriebe, weil es jemandem einfällt, eine Straße über die Straße dreimal zu bauen. Jetzt soll nun der Straßenbau liegen bleiben, weil er angeblich nicht fertig wird. Wir fragen, wo soll der Viehmist, die Saude hin, wenn kein Fuhrwerk fahren kann? Die Straße ist 60 bis 80 Zentimeter ausgegachtet. Wie sieht es mit den Jugungen in der Wohnstadt? Soll ebenfalls jeder Zustand wie in der Wittenberger Straße ein-treten? Wie lange werden die die Steuerzahler gestraft lassen, sich mit diesen Schilferbürgertümlichen Schindeln zu lassen? Es wird wirklich Zeit, daß hier einmal Dronung gelassen wird.

Seit einiger Zeit ist es nicht mehr möglich, daß die Stempelzeit pünktlich eingehalten wird. Statt 930 Uhr treffen die Beamten erst 11.45 Uhr ein. Stundenlang müssen die Vermieten jetzt schon in Wind und Wetter stehen. Bei 60 bis 700 Erntelosigen ist es not-wendig, etwas pünktlicher zu arbeiten. Auch kommt es vor, daß Erntelosige ohne Grund den Beschluß des Arbeitsrates erhalten. Mit den Erntelosigen muß sich die gesamte wert-tätige Bevölkerung gegen diese Schlitzen zur Wehr setzen.

Manfelder Kreise

Aus dem Kampf gegen die Fürsorgeziehung

Wir sehen uns veranlaßt, die nachstehende Berichtigung zu ver-öffentlichen, trotzdem sie den gesetzlichen Bestimmungen in keiner Weise entspricht.

Sangerhausen, den 7. Dezember 1932. Berichtigung des Zeitungs „Wohner-Kinrand in Tilsedo“ in Nr. 221 vom 24. Sept. 1932 des „Klassenkampf“

Es ist nicht richtig, daß die unehelichen Kinder der Ehefrau Marie Broens in Tilsedo ohne Grund den Beschluß des Arbeitsrates erhalten. Die Verurteilung der Fürsorgeziehung überwiegt in dem Jahr 1925 durch den Herrn Landeshauptmann in Erziehungsheim abgeurteilt worden sind.

Unter der angegebenen „Fürsorgeziehungsschweizer Frau von Jentz“ kann nur die Fürsorgefrau von Sgahart gemeint sein. Diese hat aber erst 1927 ihren Dienst im Kreise Sangerhausen angetreten. Sie kann also nicht des sogenannten „Klassenkampf“ gefahren angetreten. Sie kann also nicht des sogenannten „Klassenkampf“ gefahren angetreten. Sie kann also nicht des sogenannten „Klassenkampf“ gefahren angetreten.

Zu diesem Bericht, den mehrere Siedler unterzeichnet haben, ist noch hinzuzufügen, daß dieser Hofhof von Schürigs Hof den in die Lage zu bringen, die Arbeiter die ihnen schenken möge, ist dies nur eine erneute Befestigung, daß alle Arbeitseile Befestigung- und Sieblungsprogramme, lomett sie von der bestehenden Klasse einschließlich ihrer vertrauten Stützen, dem ADGB empfohlen und durchgeföhrt werden, nur eine ver-schleierte Form ungebührlicher Ausbeutung und Unter-drückung der Armen bedeuten. Hiergegen müssen alle Siedler front machen. Schlichte aus zusammen, teile eure Forde-rungen auf, reißt euch ein in die antifaschistische Front, kämpft für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Es ist nicht richtig, daß Herr Gemeindevorsteher Heise An-bagen über eine rechtsverordnete Ausübung des Dienstes bei Fürsorgeeinrichtungen hat. Nach vorliegendem Protokoll des allmäh-lichen Herrn Amtsantrags vom 24. 9. 1932 hat die Fürsorge nur in einer Pflegeeinrichtung das Haus Heise ausgeliefert. Nichtig ist, daß sie dabei auf die in der Nachbarschaft wohnende Familie Broens zu sprechen gekommen ist, deren Knaben Hermann und Aris verlobungslos längere Zeit aus der Fürsorge-erziehung beurlaubt wurden. Es ist nicht richtig, daß überhaupt eine Unterstiftung von Herrn Heise verlangt wurde. Nicht wurden die Worte: „Herr Heise, Sie können ruhig falsche Angaben machen.“ nicht gelprochen. Die bejagte Jübringlidkeit trifft ebenfalls nicht zu.

Auch die vermeintlichen Angaben seitens des Herrn „Wille Gsch.“ — gemeint ist Wille Gsch., Tilsedo — wurden von diesem die amtlicher Vernehmung bestritten. Es ist auch nicht richtig, daß Herr von Heise die Frau des Verheirateten Albert „Schuh“ — gemeint ist Frau Schuh — zu falschen Aussagen verleiten wollte. Beweis: Amtsantragsprotokoll vom 24. 9. 32.

Auch die am 15. und 20. September in Nr. 213 und 217 des „Klassenkampf“ vorangegangenen Verunglimpfungen gegen „das sogenannte Jugendamt“ in Sangerhausen sind unbefriedigt. Helene von Sgahart.

Auf die Vorfälle über die Jugendfürsorge in Tilsedo werden wir sobald die Angelegenheit an Ort und Stelle untersucht worden ist, zurückkommen.

Letzte Kurzmeldungen

Bitterfeld. Drei falschmünzer verhaftet. Am Bitterfeld wurde der Zahntechnikler Albin Wölfe, der in einer Heide mehrere Hundstamper mit einem falschen Zehnmarkstück hergestellt hatte, verhaftet. In seiner Wohnung wurde zur Verurteilung von falschgedruckten Banknoten vorgefunden. Wölfe gab dann zu, daß der Dreher Kurt Schönauer und der Maschinen-schleifer Helmuth Wergelin als Mittäter in Frage kommen. Schönauer wurde gerade dabei abgeholt, als er in seiner Wohnung falschgeld anfertigen wollte. Die jungen Leute haben im Alter von 15 bis 20 Jahren.

Defitz. Aus Rot Kretzold. Am Sonntag früh wurde in Jnosch ein Schneidermeister in der Heide verhaftet. Er hatte bereits im Vorjahr in seiner Wohnung ein solches Dorf ein zweites Selbstmord. Ein Elektricitätsarbeiter hatte seinem Leben durch Erschießen am Montag mittag ein Ende gemacht. An beiden Fällen dürften wirtschaftliche Schwierigkeiten die Veran-laffung zu diesem letzten Ausweg gegeben haben.

Querfurt. Schwindeln mit „Gewundhelsteer“. In einer Anzahl von Fällen gelang es einem jungen Mann, gewöhn-lichen Hausmittel aus Gewundhelsteer zu hohen Preisen abzu-legen. Natürlich gelang dies auch noch unter einem falschen Namen. Die Not treibt zu allen möglichen Gesätsen.

Querfurt. Verurteilung wegen Falschmünze. Ein Arbeiter, der sich Schneidermeister in der Heide verhaftet, wurde am letzten Sonntag verurteilt, wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kanna. Die neue Betonstraße fertiggestellt. Die über Bräuda führende neue Betonstraße ist nunmehr fertig-gestellt und wird schon eifrig benutzt, obwohl sie noch nicht amtlich freigegeben worden ist.

Lützen (Kr. Wittenfels). Gefährlicher Verbrecher. In der Nähe der früheren Grube „Emilie“ wurde der Invalide R. von zwei Wäbahrern über-fallen. Ihm wurde die Hantelwaffe mit 160 Mark Wertes und Zeitungsgeldern entzogen. Die Täter entkamen.

Wittenfels (Kr. Wittenfels). In der Nähe der früheren Grube „Emilie“ wurde der Invalide R. von zwei Wäbahrern über-fallen. Ihm wurde die Hantelwaffe mit 160 Mark Wertes und Zeitungsgeldern entzogen. Die Täter entkamen.

Zeitz. Unfall oder Selbstmord? Am Montagmorgen wurde in ihrer Wohnung am Michaelstischhof eine alte Frau gas-erstickt tot aufgefunden. Die Untersuchung muß erst ergeben, ob es sich um einen Selbstmord oder um einen tödlichen Unfallschick-sal handelt.

Sangerhausen. 3000 Mark in Tilsedo sollen bei dem Brand der Wäbahrer entkamen. Der Schaden betrug 3000 Mark. Die Ermittlungen über einen angeblichen „politischen Terror“ noch laufend eingeleitet.

Summi-Bieder-Beschl. Summi mit Hocken billiger, haltbarer



Montag, den 12. Dezember 1932.

Heraus mit Barll!

Am 9. Dezember wurde im Betrieb der Halleschen Röhrenwerke in einer Beschlusssitzung einstimmig eine Forderung angenommen, die sich gegen das Chemische Komitee gegen den Antifaschisten Barll wendet und die sofortige Aufhebung dieses Urteils fordert. Die lautende Entschlüsse wurden angenommen in der Beschlusssitzung des Nationalen Bundes in der Provinz, in einer Mitgliederversammlung aller revolutionären Organisationen in Döbeln und in einer KPD-Mitgliederversammlung in Zeitz.

Aus dem Saalkreis

Zugelang müssen die Erntelosigen auf den Kommiffar warten

U.A. Brudorf. Das provisorische Auftreten des sozial-realistischen Kommiffars Müller war schon immer die, daß die Gemeindevorstellungen einen förmlichen Bestehen. In der letzten Sitzung hatte der Heimatdienst-

er es nicht gewagt, durch sein Kränkeltum die Arbeiter vor öffentlichen Sitzungen fernhalten. Diefte verdrängte den Vertreter der SPD den Ausschluß aus der Sitzung. Die Arbeiter gaben sofort die Antwort. Kampfer verlangten, das Lied vom Pleitegeier und das russische Lied: „Und rüchten sie die Wege gegen die Sowjet-Union.“ Damit war die Sitzung am Ende angelangt. Der Kom-miffar erklärte die Vertagung, aber gleichwohl lösten sich die Arbeiter nicht auf. Sie mußten noch manches anfordern, um die Einwohnern von Brudorf ein Kommiffar auf sie gestellt worden, der mit Hilfe von Reich und Weiser neue Proportionalen durchführt. 500 Prozent Kür-zungen sind vom Landrat bereits dekretiert. Die Vertreter sind nur zur Kenntnis zu nehmen. Schreier sind im Dorf angeheilt. Die Vertreter erhalten keine Kenntnis. Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst.

Der KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.

Die Arbeiter machen sich die Müller und Genossen selbst. Die KPD-Gemeindevorsteher erklärte nach seiner Besichtigung seine Arbeiten vor seinen Zufriedenheit aller Weiser. Herr Müller ist nur drei Tage in Brudorf und da er auch, wie es für gut befindet, Zugelang müßten die Arbeiter den Kommiffar auf den Ausschluß des Sozialdemokratischen Parteien konnten nicht geholt werden, weil die Unter-schiedlichen Zufahrtstränge der Erntelosigen liegen zugelang. Es ist vorgetragen, daß Müller den Gemeindevorsteher Gemeinde tagung umhertrieb und die Proleten lang-mühten trotz der Schreier.